

Anton Brokow-Loga, Frank Eckardt (Hrsg.)

Postwachstumsstadt

Konturen einer solidarischen
Stadtpolitik



Inhaltsverzeichnis

Anton Brokow-Loga, Friederike Landau Das Manifest der Postwachstumsstadt	8
Danksagung	11
Frank Eckardt, Anton Brokow-Loga Einleitung: Der sozial-ökologische Wandel der Stadtgesellschaft	14
I Stadtgesellschaft zwischen Wachstumskrise und -wende	29
Ulrich Brand Sozial-ökologische Transformation konkret Die solidarische Postwachstumsstadt als Projekt gegen die imperiale Lebensweise	30
Matthias Schmelzer, Andrea Vetter Stadt für alle jenseits des Wachstums Was kann die Stadtforschung aus der Degrowthdebatte lernen?	44
Frank Eckardt Die Postwachstumsstadt – eine politische Stadt Neuverhandlung städtischer Zugehörigkeit	58
Anton Brokow-Loga Eine andere Stadt ist möglich! Realutopische Transformationen zur Postwachstumsstadt	72

II Transformative Planung im Kontext gesellschaftlicher Debatten	89
Christian Lamker, Viola Schulze Dieckhoff Postwachstum + Planung = Postwachstumsplanung?! Erfahrungen aus der Konfrontation zweier Diskurse	90
Julia Gamberini Postwachstums- versus nachhaltige Stadt? Gemeinsamkeiten, Spannungsfelder und deren Auswirkungen auf Städte und Stadtforschung	104
Timmo Krüger Wider den Innovationsimperativ! Eine Kritik am Konzept der sozialen Innovation aus Postwachstums-Perspektive	120
Aylin Yildirim Tschoepe, Susanne Käser Imagin(eer)ing Basel: Praktiken, Bilder und Communities in urbanen Partizipationsprozessen	138
Korbinian Kroiß, Torsten Klafft Chancen der Polyzentralität – Wie gestalten wir ein anderes Leben auf dem Land?	162
Julius Uhlmann, Uwe Plank-Wiedenbeck Ein Verkehrssystem für die Postwachstumsstadt – Erste Thesen zur Gestaltung urbaner Mobilität unter Postwachstumsbedingungen	172
III Stadt durch Bewegung: Konflikte um Gestaltungsmacht	183
Michaela Christ, Jonas Lage Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt?	184
Alexandra Toland, Friederike Landau Spekulation der Sinne – eine Erkundung künstlerischer Strategien der Wachstumskritik in Bezug auf urbane Luftverschmutzung	204

Florian Koch, Lea Hampel, Carsten Keller, Floris Bernhardt StadtTeilen – Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften	224
Anton Brokow-Loga, Franziska Felger, Jannis Koch, Anna-Maria Weber Raus aus der Blase?! Postwachstumsansätze in Weimar zwischen Selbstbehauptung und Strategien des Wandels	238
Evelyn Markoni, Franziska Götze Anspruch und Wirklichkeit bei der Umsetzung eines nachhaltigen städtischen Ernährungssystems – Eine empirische Vorstudie der Berner Ernährungsinitiativen	256
IV Stadt-Utopien zwischen alten Mustern und neuen Erzählungen	273
Saskia Hebert Call me Trimtab: Storytelling, Zeitmaschinen und andere Vehikel	274
Sanna Frischknecht, Moritz Maurer, Dietmar Wetzel Formierungsprozesse »von unten« erforschen. Werkstattbericht einer Spurensuche im Wohnungswesen und der Landwirtschaft	290
Margarete Over, Lars-Avid Brischke, Leon Leuser Das selbstverwaltete Wohnheim Collegium Academicum in Heidelberg: Suffizienz lernen, leben und verbreiten	306
Kris Kroiß Zukunften: Sich das Wünschenswerte vorstellen und es vorleben, um ihm näher zu kommen	320
Wer hat zu diesem Buch beigetragen?	335

POSTWACHSTUMSSTADT

Manifest für das gute Leben in der Stadt für alle

von Anton Brokow-Loga und Friederike Landau

Postwachstumsstadt denken.

Städtisches Leben ist geprägt von sozialen und ökologischen Konflikten!

Die Stadt, die immer weiter wachsen und mehr produzieren muss, ist am Ende. Auf Dauer sind ausbeuterische Märkte und Flächenfraß nicht nachhaltig für die Entwicklung von Städten. »**Höher, schneller, weiter**« **funktioniert nicht mehr** - wir sehen, dass Wachstum als unumstößliches Prinzip Natur- und Lebensräume zerstört.

Eine Stadt für alle, aber nicht auf Kosten weniger!

Stadtpolitische **Gegen-Entwürfe** wie Commoning, Gemeinwohl-Ökonomie, Kreislaufwirtschaft oder Quartiersräte können unsere Städte gerechter machen! Damit das Bewusstsein zu tatsächlichen **Veränderungen im Alltag** führt, müssen wir diese Konzepte stärker aufeinander beziehen und als Ansätze eines **Ökosystems Stadt** denken. Aus den vielfältigen Ansätzen formen wir die mentalen und materiellen Infrastrukturen der Stadt der Zukunft!

Postwachstumsstadt machen.

Stadtpolitik in Bewegung bringen!

Unter dem Motto »das gute Leben für alle« versammeln sich **neue Ideen von städtischem Wohnen, Teilen, Zusammenleben**. Die Postwachstumsstadt wird getragen durch Solidarität und Miteinander, auch wenn unterschiedliche Ansichten und Vorstellungen über »das gute Leben« fortbestehen. Für soziale und ökologische Gerechtigkeit brauchen wir **Allianzen** zwischen bestehenden und neuen Gruppen, Initiativen, Akteur*innen!

Wandel zwischen Graswurzel und Parlamenten

Das Konzept der Postwachstumsstadt **überwindet den Gegensatz von bottom-up oder top-down**. Stattdessen geht es um die Wechselwirkungen zwischen den verschiedensten Gruppen und Akteur*innen, egal ob sie im Parlament sitzen, ein Unternehmen führen, zur Schule gehen oder Kinder großziehen. **Städtische Institutionen sind nicht naturgegeben, sondern gemacht** – wir verstehen sie als »geronnene Praxis«. Die Postwachstumsstadt setzt auf Demokratisierung und neue Formen der politischen Organisation und Vertretung.

Postwachstumsstadt fühlen.

Zwischen Depression, Abgas-Schwindel und Roboter-Beziehungen

Im Zuge von Digitalisierung und Automatisierung von Arbeit fühlen sich manche Menschen zunehmend ausgebrannt, überfordert, überreizt, und im schlimmsten Falle als nutzlose Teile der Gesellschaft. In der Postwachstumsstadt haben alle Menschen ihren Platz und gehen je nach ihren Fähigkeiten einer sinnvollen Beschäftigung nach, die sozial anerkannt wird. **Das Leben in der Postwachstumsstadt riecht und schmeckt nach Erfüllung, Solidarität und Gemeinschaft.**

Wie könnte sich die Postwachstumsstadt anfühlen?

Städte könnten fundamental anders sein, aussehen, schmecken, riechen, sich anfühlen. Um uns das vorstellen zu können, brauchen wir neue Ideen, Bilder, Sinne für das Erleben der Städte. Wie könnte eine Stadt ohne Auto-Ver-
schmutzung riechen? Wie würde sich eine Stadt ohne Baulärm anhören? Wie fühlt sich die klimagerechte und solidarische Stadt der Zukunft an?

Das Manifest soll wachsen: Tragt eure persönlichen Impulse, Eindrücke und Ideen auf postwachstumsstadt.de bei.

Jede Menge Begegnungen, Debatten und Care-Arbeit ermöglichten dieses Manifest. Es sammelt Eindrücke der Konferenz »Postwachstumsstadt. Perspektiven des sozial-ökologischen Wandels der Stadtgesellschaft« am 10. und 11. Mai 2019 an der Bauhaus-Universität Weimar. Getragen wurde die Konferenz von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, RENN.mitte sowie unzähligen Menschen im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Aktivismus und Politik.

Zusammengestellt wurden die Inhalte des Manifests von Anton Brokow-Loga und Dr. Friederike Landau im Sommer 2019. Die graphische Gestaltung erfolgte über Sandra Bach und Katharina Scholz von sandruschka – Raum für Gestaltung. Das Poster als Resultat findet sich in dieser Publikation auf der gegenüberliegenden Seite und kann in Farbe und größerem Format unter postwachstumsstadt.de bestellt werden.

Danksagung

Am Anfang stand eine Vision. Und im Laufe der letzten Monate haben viele Menschen zur Verwirklichung dieser beigetragen. Dazu gehört natürlich die finanzielle und institutionelle Unterstützung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und die Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar. Wir freuen uns sehr darüber, dass dieses Buch als Open-Access-Version allen Interessierten frei zugänglich ist – eine Chance, die uns durch Mittel des Open-Access-Publikationsfonds' der Bauhaus-Universität Weimar und vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft des Freistaats Thüringen ermöglicht wurde. Wir sind außerdem sehr dankbar für die konstruktive und flexible Unterstützung durch den oekom Verlag.

Unser besonderer Dank gilt natürlich den Autorinnen und Autoren der Beiträge, die alle bereits die Postwachstumsstadt-Konferenz mittrugen – und uns auf der Suche nach den Konturen der Postwachstumsstadt nun weiter begleitet haben. Die Zusammenarbeit mit Ihnen und euch war geprägt von Offenheit, gegenseitigem Verständnis und inspirierendem inhaltlichem Austausch. Für die fachliche, organisatorische oder emotionale Unterstützung im Prozess der Publikation bedanken wir uns besonders bei Karlotta Sperling, Sieglinde Meinberg, dem I.L.A. Kollektiv, Carolin Seiberlich, Malena Rottwinkel, Elisabeth und Meta Brokow-Loga.

Wir möchten allen Menschen danken, die in den letzten zwei Jahren auf die eine oder andere Weise Teil des Projekts Postwachstumsstadt geworden sind: Allen referierenden, moderierenden oder teilnehmenden Personen während der Konferenz im Mai 2019 sowie allen Workshopteilnehmenden auf diversen Veranstaltungen. Nicht zuletzt danken wir auch allen Studierenden verschiedener Fachrichtungen, die in Seminaren und Semesterprojekten an der Bauhaus-Universität Weimar die Postwachstumsstadt mitgedacht und mitgestaltet haben. Für die konsequente Unterstützung der Konferenz sind wir Bernd Löffler und Paul Wellsow (Rosa-Luxemburg Stiftung Thüringen), Josef Ahlke (RENN.mitte), Friederike Landau und Alexandra Toland, Sandra Bach und Katharina Scholz (sandruschka – Raum für Gestaltung), Franziska Felger, Leon Claus und Miriam Neßler besonders dankbar.

Anton Brokow-Loga und Frank Eckardt
Weimar im Januar 2020

Einleitung: Der sozial-ökologische Wandel der Stadtgesellschaft

von Frank Eckardt und Anton Brokow-Loga

Weltweit handeln Städte im Angesicht eines Klimanotstands. In Deutschland war Konstanz die erste Stadt, die diesen 2019 auch offiziell ausgerufen und Gegenmaßnahmen beschlossen hat. In vielen anderen Städten haben sich lokale Bündnisse gegründet, die von ihrem Stadtrat dasselbe einfordern. Und nicht wenige Städte, darunter Leipzig, Berlin und München, sind mittlerweile diesem Beispiel gefolgt. In manchen Fällen mag dies als reine Symbolpolitik verstanden werden, doch es werden auch Maßnahmen auf die stadtpolitische Agenda gesetzt, die das Ziel verfolgen, die Klimaneutralität früher als bereits vereinbart zu erreichen. Dennoch wird meistens eher allgemein festgelegt, alle kommunalen Entscheidungen nach ihrer Klimaverträglichkeit abzuwägen.

Mit der Ausrufung des Klimanotstands reagiert die lokale Politik auf die anhaltenden Proteste der Kinder und Jugendlichen von *Fridays for Future* und anderer sozialer Bewegungen für Klimagerechtigkeit. Dies geschieht aber sicherlich auch aus dem eigenen Bewusstsein heraus, dass Städte entscheidend sind, wenn es um die Anpassung an den Klimawandel und auch die Verantwortung für die Verringerung des globalen Klimaschadens geht – besonders vor dem Hintergrund unzureichender Handlungsfähigkeit auf globaler und nationaler Ebene. Zu beobachten ist, dass diese Anstrengungen vereinzelt auch mit einem breiteren Engagement verbunden sind, dass auch andere ökologische Probleme wie die schwindende Biodiversität damit angegangen werden sollen. Eine Anbindung an die sozialen Probleme der Städte fehlt hingegen weitestgehend. Das ist zunächst ein strategischer und konzeptioneller Fehler und gleichzeitig

eine Gefahr für den Erfolg der lokalen Bewegungen gegen den Klimawandel. Man mag einwenden, dass immerhin etwas bewegt werden soll und nicht den Engagierten und Aktiven alles aufgebürdet werden kann. Eine moderne Gesellschaft funktioniere nun einmal arbeitsteilig und für soziale Themen seien dementsprechend andere zuständig. Das Manko der Nicht-Einbeziehung sozialer Fragestellungen der Stadt verweist allerdings auf tiefergehende Probleme unserer Gesellschaft. Zu befürchten ist, dass der Zusammenhang zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemen nach wie vor den Akteur/innen¹ des Klimaschutzes nicht so offensichtlich ist, dass sie sich lokal in integrierten Handlungskoalitionen und Zukunftsstrategien vermitteln. Die Fragmentierung unserer Gesellschaft in unterschiedliche Milieus, soziale Lagen und kommunikative Blasen setzt sich dadurch weiter fort, bestehende Privilegien und Ungleichheit werden nicht problematisiert und wirken möglicherweise sogar noch stärker.

Es geht ums Ganze: Holistische Stadtplanung

Wir halten es demgegenüber für notwendig, dass Menschen die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bereichen und Sektoren der Stadt und Gesellschaft zusammendenken, weil nur ein holistisches Verständnis der Stadt wie der Gesellschaft die Möglichkeit bietet, um unerwünschte Effekte der Bewegung gegen den Klimawandel zu verhindern. In den Mittelpunkt dieser holistischen Perspektive rücken wir die Suche nach den Konturen der Postwachstumsstadt als ein Ausdruck solidarischer Politikformen, Inhalte und Prozesse auf städtischer Ebene. Lokaler Klimaschutz sollte dafür eingebettet werden in eine Perspektive, die sich gegenüber einem Denken verabschiedet, die den Klimawandel lediglich als eine unerwünschte Nebenerscheinung einer ansonsten richtigen und wünschenswerten Gesellschaft betrachtet. Viele Autor/innen haben bereits darauf hingewiesen, dass die ökologischen Katastrophen ursächlich mit anderen gesellschaftlichen Krisen zusammenhängen. Wer über die voranschreitende Klimakrise redet, darf dementsprechend auch über diese Problemlagen nicht schweigen:

- Unhinterfragte gesellschaftliche Machtverhältnisse, die auf intransparenten

¹ Um alle Menschen gleichermaßen sichtbar zu machen, wird in großen Teilen dieser Publikation auf die Verwendung des generischen Maskulinums verzichtet. Stattdessen wird der Vielfalt menschlicher Gender zwischen weiblich, männlich und darüber hinaus mit verschiedenen Mitteln Raum gegeben. Die Wahl dieser Mittel wurde den Autor/innen überlassen.

und unbeeinflussbaren Mechanismen der gesellschaftlichen Steuerung beruhen;

- einer kapitalistischen Ökonomie, die nur auf kurzfristige und private Profitmaximierung anstelle des Vorrangs der Produktion von Gemeingütern ausgerichtet ist;
- eine soziale Ungleichheitsdynamik, in denen die Kosten für den Zuwachs von Wohlstand einem abgekoppelten Teil der Gesellschaft aufgebürdet werden;
- eine politische Krise der Repräsentation, in denen das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Institutionen dramatisch abgenommen hat;
- eine Rückkehr der autoritären Kultur, die persönlichen Nimbus über Argumente, Kompromisse und pragmatische Herangehensweise stellt und Spielräume für die Diversität von kreativen, sexuellen und religiösen Minderheiten einschränken will;
- eine Restauration der Genderrollen, in denen maskuline Arbeiten und Lebensstile präferiert und vermeintlich weibliche Tätigkeiten der Sorge abgewertet werden.

Nirgendwo werden die Zusammenhänge zwischen den Ursachen der verschiedenen Krisen deutlicher als in der Stadt. Zumindest könnte dies so sein, wenn man sich von einigen Sichtweisen distanziert, mit denen wir es gewöhnt sind, über die Stadt nachzudenken. Hierzu gehört in erster Linie die Vorstellung, dass Städte sich durch fortgesetztes Planen, Bauen und Wachsen weiterentwickeln und dadurch die unterschiedlichen Probleme bearbeiten, wenn nicht gar lösen lassen. Wir fassen diese Haltung gegenüber Städte und Stadtplanung als durch das Paradigma des Wachstums geprägt zusammen. Die Wirkung des Wachstumsparadigmas ist in der Forschung zu Degrowth und Postwachstum sowie in den sich darauf beziehenden sozialen Bewegungen bereits für die Gesellschaft im Allgemeinen beschrieben worden, jedoch für Städte bislang nicht. Dabei sind Städte vermutlich der Ort, an dem am anschaulichsten beobachtet werden kann, wie dieses eher allgemeine Paradigma in die Tat umgesetzt wird und wie sich dadurch unsere Lebenswelt direkt vor unseren Augen gestaltet. Eine Verbindung zwischen den Diskursen der Postwachstumsgesellschaft und der kritischen Stadtforschung in Gestalt einer wissenschaftlich fundierten Orientierung für Stadtpolitik und (trans-)lokalen Aktivismus jenseits des Wachstumsparadigmas steht folglich noch aus.

Mit dem vorliegenden Buch wollen wir einen Schritt in diese Richtung gehen. Als Herausgeber und Autoren ist uns bewusst, dass auf den folgenden Seiten keine Blaupause ausgearbeitet wird, wie eine Postwachstumsstadt auszusehen hat oder zu erreichen wäre. Diese Erwartung ist aufgrund der verschiedenen

Kontexte, in denen sich das Anliegen einer neuen Stadtpolitik beschreiben lassen müsste, hochkomplex, anspruchsvoll und umfassend. Wichtiger als eine detail- und handlungsorientierte Anleitung für den konkreten Umbau der Städte erscheint uns demgegenüber ohnehin eher eine orientierende Unterstützung aller beteiligten Akteur/innen zu sein. Auch dieser Anspruch kann nicht in der Weise ausgearbeitet werden, dass eine stringente und allumfassende Positionierung aus diesem Buch mitgenommen werden kann. Wir hoffen aber, dass sich den Leser/innen zumindest die Konturen einer alternativen Stadt der Postwachstumsgesellschaft abzeichnen. Das Buch soll Unterstützung anbieten, um sich der eigenen Wissensbasis versichern zu können und sich im Rahmen bestimmter intellektueller und diskursiver Leitplanken auf den Weg zu einer Postwachstumsstadt zu machen. Anstelle überall geltender theoretischer Ansätze oder gar neoliberalisierender Best-Practice-Ideen soll dazu ermutigt werden, im eigenen urbanen Kontext nach Koalitionen für eine zukunftsorientierte Planung und Gestaltung der Stadt zu suchen. Die Postwachstumsstadt ist vor allem eine politische Stadt, in der die Stadtplanung (wieder) zu politisieren ist und darum in erster Linie politisch-gesellschaftliche Konstellationen entstehen müssen, damit die Sorge um das Gemeinwohl und für ökologische und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund treten können.

Stadtpolitik: Sozial versus ökologisch?

Wir sind davon überzeugt, dass die schlimmste Folge der neoliberalisierenden Politik der letzten Jahrzehnte darin besteht, dass die Überbetonung des Individualismus, der Selbstoptimierung und der Produktion diskursiver Blasen die Fragmentierung der Gesellschaft befördert hat. Dadurch ist die dringend notwendige kollektive Lern- und Handlungsfähigkeit verloren gegangen, die die hauptsächlich in Städten organisierte Menschheit bräuchte, um die ökologischen und alle anderen Krisen noch in den Griff zu bekommen. Nur die (Wieder-)Herstellung einer lern- und handlungsfähigen Kommune kann die Grundlage dafür sein, dass die Möglichkeiten für ein reflektiertes, gemeinwohlorientiertes und zukunftsorientiertes Planen der Stadt gelingen kann. Dazu bedarf es eines Verständnisses von Politik und Gesellschaft, in der die Stadt als solche Ziel und Gegenstand von Handeln und Planen sein muss.

Dem Selbstverständnis von Lokalpolitik und Stadtplanung nach ist dies heute schon der Fall. Eine kritische Bestandsaufnahme weist allerdings auf viele Bruchstellen zwischen diesem Selbstbild lokaler Akteur/innen und der stadt-

gesellschaftlichen Wirklichkeit hin. Die Diskrepanz wird schnell offensichtlich. Eine »Stadtpolitik« in unserem Sinne ist nur bis zu einem gewissen Grade identisch mit der politischen Verankerung der Kommunen im gegenwärtigen Föderalismus, in dem die Städte als institutionelle Ebene anders als die Bundesländer kein Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozess haben. Die Abwälzung von Kosten von der nationalen auf die lokale Ebene kann dadurch nicht systematisch verhindert oder korrigiert werden. Vielleicht noch wichtiger zu kritisieren ist, dass den lokalen Nöten und auch Lösungsvorschlägen der Städte auf diese Weise kein Gehör geschenkt werden kann. Das Leben in der Stadt als Ziel politischen Handelns ist im politisch-öffentlichen Diskurs kein eigenständiges Thema. Stattdessen werden einzelne Aspekte wie die Klimaanpassung der Städte herausgegriffen, für die dann fachlich (und zumeist technisch) Antworten gesucht werden, die aber ob ihrer »Stadtverträglichkeit« nicht abgewogen werden.

Das Ergebnis der fehlenden Stadtpolitik ist, dass einzelne Politikbereiche nebeneinander agieren und zum Teil für die anderen Aufgabenfelder negative Folgen haben. Das auffälligste Beispiel hierfür ist die Auseinanderentwicklung von sozialen und ökologischen Planungen. Vollkommen ohne jeden Bezug zueinander wird einerseits die weitere Ausweisung von Bauland beschlossen – wie etwa im neuen Landesentwicklungsplan von Nordrhein-Westfalen – um auf den fehlenden Wohnraum in den Städten zu reagieren, andererseits sollen Stadtteile grüner gestaltet werden. Am Ende ergeben sich auf diese Weise stadtplanerische Dilemmata, in denen Entweder-Oder-Entscheidungen auftauchen. Mehr Wohnraum und mehr Ökologie sollen gleichzeitig erreicht werden, wobei der ökologische Fußabdruck dann gegen den Mangel an sozialverträglichen Mietwohnungen steht. In der Praxis stellt sich dies nicht nur als planerisches Dilemma dar, sondern auch als Interessenskonflikt, bei dem sich der bestehende Klassenunterschied zwischen Mittel- und Unterklasse verschärft. Deutlich wird dies insbesondere dort, wo sich ökologische Aufwertungen wie mehr Bäume, die Einrichtung einer Verkehrsberuhigung oder die Veränderung der Einkaufsmöglichkeiten (von Aldi zum Bio-Laden) durchsetzen. In der sozialen Konsequenz bedeutet dies, dass der Stadtteil hinsichtlich Mieten, Unterhalt und Versorgung teurer und für ärmere Menschen unbezahlbar wird. Mehr noch bedeutet es auch, dass die bereits sozial benachteiligten Stadtteile noch mehr belastet werden. Diese Form der grünen Gentrifizierung entsteht einerseits durch die erhöhte Nachfrage nach den weniger werdenden Sozialwohnungen, andererseits aber auch dadurch, dass in den begrünter und entschleunigter Stadtteilen nun wesentlich weniger Durchgangsverkehr aufzufinden sein wird. Da aber das

Paradigma des Wachstums nicht in Frage gestellt wird, wird dieser Verkehr sich anders seinen Weg bahnen müssen – nämlich durch die eher ärmeren Wohngegenden. Da die Mietpreise in den Städten dort am niedrigsten sind, wo der meiste Auto-Verkehr fließt, wird die Belastung jener Durchgangsstraßen durch Lärm und Feinstaub die ärmeren Bewohner/innen der Stadt daher am meisten treffen. Ausgerechnet jene Bürger/innen, die als Hartz 4-Empfänger/innen nie fliegen, weder Geld für Auto noch Avocados haben und somit unterdurchschnittlich zum Klimawandel beitragen, werden durch die Ökologisierung der Mittelschichten-Stadtteile benachteiligt.

Was sich als ein ethisch-moralisches Dilemma in stadtplanerischen Diskussionen, als ein Wertekonflikt zwischen ökologischer und sozialer Stadtentwicklung und zugleich als sozialer Interessenkonflikt herauskristallisiert, hat damit zu tun, dass in dieser Perspektive systematisch andere Aspekte der Stadt ausgespart werden. Diskussionen nach diesem Dilemma-Schema führen dazu, dass eine kritische Debatte weder über die Stadtgestaltung noch über Indikatoren gelingender Planung geführt wird. Ausgeblendet werden kritische Fragen danach, wie sich eine Stadt in einer Dilemma-Situation planerisch und politisch verstricken konnte. Wie konnte es dazu kommen, dass trotz eines seit Jahren ungebremsten Wirtschaftswachstums die sozialen Ungleichheiten in den Städten zugenommen haben? Die soziale Entmischung und die gewachsene Segregation zwischen armen und reichen Stadtteilen schreitet fort, obwohl die sozialen Ausgaben in Deutschland steigen. Zumindest die Beobachtung, dass mancherorts die Kinderarmut jeden dritten Aufwachsenden betrifft, müsste zu einem kritischen Nachdenken über die Gültigkeit des Wachstumsparadigmas führen.

Vollkommen ausgeblendet wird zudem, dass die Belastung durch die wachsende Mobilität die eigentliche Ursache für die ökologischen Probleme der autogerechten Stadt, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg als selbstverständliche Planungsorientierung gilt, ist. So stellen sich viele Begrünungsprojekte und Programme der »nachhaltigen Stadt«, die auf einer lokalen – aber eben nicht städtisch-holistischen – Ebene angesiedelt sind, eher als Bestätigung des Wachstumsparadigmas dar, als dass dieses in Frage gestellt wird. Man könnte diese Nachhaltigkeitsstrategie als eine Spielart der NIMBY-Politik bezeichnen. In der Stadtforschung versteht man unter NIMBY (= Not In My Backyard) das Phänomen, dass eine Nachbarschaft dagegen protestiert, dass etwa eine Müllkippe nicht vor der eigenen Haustür gebaut wird. Davon kann unseres Erachtens immer die Rede sein, wenn eine Straße oder ein Stadtteil für sich versucht, eine Lösung für die Probleme des Klimawandels zu suchen, ohne dabei zu fra-

gen, ob diese lokale Anpassungsstrategie nur die Probleme auf andere Stadtteile abschiebt. In letzter Konsequenz muss selbstverständlich genauso kritisch hinterfragt werden, ob durch ökologische Modernisierungen hervorgerufene Probleme nur auf andere Erdteile im globalen Süden abgeschoben werden. Von solchen Insel-Lösungen und grüner NIMBY-Politik geht eine doppelte Gefahr aus: Sie vergrößern die sozialen Unterschiede und sie externalisieren die ökologischen Probleme.

Eine Postwachstumsstadt muss strukturell das Entstehen solcher Dilemmasituationen vermeiden. Das ist nicht möglich, so lange wichtige Bereiche der Stadt in der Betrachtung ausgespart werden und am heutigen Verständnis von Stadtplanung festgehalten wird. Das Planen von Städten wird zu einer immer wichtiger werdenden Kompetenz, die unsere Gesellschaft benötigt, um kollektiv und solidarisch trotz der sich verschärfenden Krisen überleben zu können. Allerdings ist hierfür ein Paradigmenwechsel notwendig, der sich nicht in erster Linie auf die Institution des Amtes für Stadtplanung richtet, sondern das Planen und Gestalten der Stadt als Chance dafür versteht, die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Differenzen einzuhegen und ansatzweise zu überwinden. Der geteilte Lebensraum bietet die einzigartige Gelegenheit, gemeinsam für etwas Sorge zu tragen und eine Möglichkeit der Verbundenheit herzustellen, die sich in der ausdifferenzierten Moderne sonst kaum noch bietet. Vorrangiges Ziel einer Stadtplanung jenseits des Anspruchs vom permanenten (und: grünen) Wachstums muss es deshalb sein, dass die Soziabilität der Gesellschaft wiederhergestellt wird – also die prinzipielle Fähigkeit kollektiven Lernens und Handelns, vor allem die gesellschaftliche Kommunikation zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Ziel dieser Wiedergewinnung von Sprache im urbanen Raum ist die neue Verhandlung gesellschaftlicher Rechte. Die heutige Stadtplanung privilegiert die Eigentümer/innen von Autos und Wohnungen, ohne dass es eine Möglichkeit für alle anderen gäbe, über diese Vorrechte zu reden und sie mit den eigenen Interessen zu konfrontieren. Wer ein Auto hat, hat scheinbar ein Grundrecht darauf, dass die Verkehrsplanung überall in der Stadt für ihn oder sie Parkplätze bereitstellt. Wer zu Fuß geht, kann nicht damit rechnen, dass ihm oder ihr auch nur annähernd viele staatliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Im Narrativ der unendlich wachsenden Stadt werden solche Privilegien zur Selbstverständlichkeit und als erstrebenswertes Ziel für alle vorgespiegelt. Wer kein Auto und kein Haus besitzt, kommt in dieser Erzählung von der Stadt allerdings nur als Randfigur vor und hat nicht die Chance, seine Vorstellungen von einer anderen Stadt einzubringen. Wir müssen diese Erzählung anders schreiben!

Städte planen, nicht entwickeln

Die Betrachtung von Stadtplanung anhand der Narrative, mit denen sie agiert, ist der Schlüssel für die Veränderung der Art und Weise, wie Städte geplant werden. Die Aufdeckung des narrativen Charakters von Stadtplanung ist im Kern das, was mit der oben eingeforderten Re-Politisierung gemeint ist. Damit ist eindeutig keine Ideologisierung von Stadtplanung gemeint, vor der viele zu Recht Angst haben. Ideologien begründen den Geltungsanspruch eines partikularen Interesses, zumeist einer bestimmten sozialen Gruppe bzw. deren Elite. Ganz im Gegenteil dazu ist das Aufdecken von narrativen Strukturen der Stadtplanung ein anti-ideologisches Vorgehen, d.h. sie will deutlich machen, dass durch das Entstehen einer vermeintlich rationalen und unpolitischen Planung bestimmte intellektuelle Weichenstellungen betrieben werden, von dem am Ende nur bestimmte Gruppen in der Stadt profitieren.

Narration bedeutet, dass komplexe gesellschaftliche Problemstellungen in die Form einer Darstellung überführt werden, die wie in einer richtigen Erzählung nur auf bestimmte Handlungen beschränkt ist und somit Komplexität so reduziert, dass auch eine Handlung erkennbar – und in der Planung: möglich – wird. Erzählungen funktionieren nach dem Prinzip des Vorher/Nachher und der linearen Reihenfolge. Die Erzählstruktur der Stadtplanung identifiziert von daher immer einen Zustand, der dann durch planerisches Handeln verbessert werden soll. Wie in jeder Erzählung kann es dabei nur eine überschaubare Anzahl von Akteur/innen geben, dreht sich der »Plot« um wenige Handlungsalternativen und Konflikten zwischen den handelnden Personen.

Die Gemeinsamkeiten zwischen der literarischen und der stadtplanerischen Erzählung sind geistesgeschichtlich nicht zufällig. Der Bildungsroman ist wie die moderne Stadtplanung im 19. Jahrhundert entstanden und folgt der aufklärerischen Idee, dass Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich von der Unmündigkeit eigenständig zu mündigen Bürgern entwickeln können. Die Vorstellung von der »Entwicklung« einer Person wurde in der Stadtplanung buchstäblich mit dem Begriff der »Stadtentwicklung« übernommen, die als per se positiv und problemlösend gilt. Ohne Zweifel hat die Stadtplanung dadurch eine beeindruckende Erfolgsgeschichte vorzuweisen, die mit der Idee der Entwicklung etwa die hygienischen Probleme der Großstädte effektiv angehen konnte. Effizienz und Reaktionsfähigkeit haben dazu geführt, dass diese Form der Stadtplanung als »rational« und unpolitisch gilt.

Die Kritik an diesem Narrativ von der zu entwickelnden Stadt sind vielfältig: Die Auswahl der handelnden Akteur/innen wird durch die Einforderung von

Partizipation und Bürgerbeteiligung seit den 1970iger Jahren weltweit als einseitig kritisiert. Die vermeintliche Vorgabe, das allgemeine Interesse zu vertreten, kann nicht funktionieren, wenn in einer Erzählung nur manche Personen auch handelnd auftreten dürfen. Außerdem ist die Fokussierung auf eine Handlung – also die Frage, was eigentlich geplant wird – eine politische Wahl. Wer bestimmt die urbane Agenda, warum wird dieses Problem angegangen und jenes nicht? Die Handlungsstruktur der Stadtplanung mit dem Bild eines Vorher/Nachher führt dazu, dass eine lineare Kausalität stadtplanerischer Maßnahmen suggeriert wird, die komplexere Wirkungszusammenhänge stark reduziert. So geraten etwa Zusammenhänge zwischen Mobilität und Wohnungsbau nicht angemessen in den Blick, wodurch die Abkoppelung von sozial benachteiligten Wohngebieten deren prekäre Lage verschärft. Schließlich kommt in diesem Narrativ die Zukunft nicht als ein noch zu zeichnendes Bild vor, dass durch Planung herzustellen wäre, sondern sie reagiert lediglich auf die aktuellen Probleme. Wie eine ökologische, gerechte oder solidarische Stadt auszusehen hätte, wird in zumeist vagen Leitbildern der jeweiligen Stadt beispielsweise im Jahr 2030 festgehalten – Bilder, auf die nur Wenige Einfluss hatten und die im Alltagsgeschäft nur sehr begrenzt Bedeutung haben.

Der Abschied vom Narrativ der Entwicklung und des Wachstums bedeuten, dass städtische Planung und Politik in vielerlei Hinsicht gesellschaftlich neu zu arrangieren wäre. Als wichtige Punkte einer Postwachstumsstadt-Agenda erscheinen uns vor diesem Hintergrund die folgenden:

- Die Aufdeckung selbstverständlicher Annahmen darüber, was »Stadtplanung« zu sein und zu leisten hat, hierzu gehört insbesondere die Verengung der Stadtplanung auf Städtebau und technische Vorhaben;
- Stadtplanung in den sozialen Interessenskonflikten zu verorten und mit der Aufgabe zu versehen, schwache Interessen in ihrer gesellschaftlichen Artikulation zu unterstützen;
- Die Diskussion über die Rolle der professionellen und amtlichen Stadtplanung zu führen, der eine gesellschaftlich moderierende und ermöglichende Aufgabenstellung gegeben werden müsste;
- Stadtpolitische Formen, Inhalte und Prozesse als Klammer zu begreifen, um insbesondere Belange ökologischer und sozialer Gerechtigkeit als ineinander integriert und voneinander abhängig zu betrachten;
- Unterschiedlichen Lebensweisen und (Re-)Produktionskonzepten Raum zu geben, die Alternativen zur individualistischen Eigentumsfalle popularisieren;
- Möglichkeiten des substanziellen Austauschs zwischen städtischen Bewe-

Um den Horizont von Postwachstumspolitiken für Stadtgesellschaften zu erweitern, konnten wir auf der Konferenz auch wissenschaftliche und politische Impulse aus bereits bestehenden Diskursräumen der Nachhaltigkeits-, Stadt- und Bewegungsforschung aufgreifen und verknüpfen. Ähnliches passiert in diesem Buch: Auf den Beitrag einer Architektin folgt der Beitrag eines Gestalters, auf den wiederum ein Beitrag von Soziolog/innen folgt, von Planer/innen und so weiter und so fort. Da wir davon ausgehen, dass die derzeitigen Herausforderungen nur ohne Scheuklappen bearbeitet werden können, arbeiten wir am Projekt Postwachstumsstadt transdisziplinär und zwischen akademischer Praxis und aktivistischer Theorie. Die Kapitel dieses Buchs spiegeln diese Grundhaltung wider und stellen eine Auswahl der auf der Konferenz gehaltenen Beiträge dar. Das Buch ist, wie die Konferenz auch, entlang dreier Grundideen organisiert: Von der Rolle einer transformativen Planung geht es über städtische soziale Bewegungen und Aushandlungsprozesse letztlich zum Utopie-orientierten Horizont der Postwachstumsstadt.

Das erste Teil des Buches verortet Stadtgesellschaft zwischen Wachstums-krise und -wende. Ökologische, soziale und kulturelle Krisen machen deutlich, dass Städte, geformt von kapitalistischer Expansion und imperialer Lebensweise, zunehmend an Grenzen stoßen. Gleichzeitig werden die Rufe nach Postwachstum lauter – und damit nach einem gesellschaftlichen Umbau, der nicht technisch effizient umgesetzt, sondern vielmehr gesellschaftlich erprobt und politisch erstritten werden muss. Ulrich Brand untersucht in seinem Beitrag, wie die imperiale Lebensweise durch postwachstumsorientierte Stadtpolitik zurückgedrängt und grundsätzlich verändert werden kann. Anschließend skizzieren Matthias Schmelzer und Andrea Vetter die Grundzüge der Wachstumskritiken, die sich unter den Schlagworten Degrowth und Postwachstum sammeln und verknüpfen diese mit stadtpolitischen Perspektiven und gegenwärtigen Konflikten. Frank Eckardt stellt die Frage nach den Aushandlungsprozessen um städtische Zugehörigkeit in den Mittelpunkt seiner Überlegungen zum Wandel der (post-)fordistischen Stadt und deren Rolle für Migration und Integration. Die Bedeutung realer Utopien für die Postwachstumsstadt sowie die Pluralität der Transformationsstrategien zwischen Kompromissen, Freiräumen und Brüchen schätzt Anton Brokow-Loga in seinem Beitrag am Beispiel wohnungspolitischer Aushandlungsprozesse ein.

In einem zweiten Teil soll die transformative Planung im Kontext gesellschaftlicher Debatten verortet werden. Insbesondere städtische Institutionen wie Stadtverwaltungen oder kommunale Unternehmen sind auf verschiedene Weise Bestandteil von Wachstumslogiken, etwa über Standortwettbewerbe.

Daher liegt hier der Fokus auf Fragen nach Handlungsspielräumen von kommunalen und planenden Akteur/innen: Welche Veränderungen von Rahmenbedingungen braucht es, um diese Zwänge abzubauen? Christian Lamker und Viola Schulze Dieckhoff setzen sich in ihrem Beitrag mit ihren Erfahrungen an der Schnittstelle der Diskurse um räumliche Planung und Postwachstum auseinander. Anhand von sechs partizipativ erarbeiteten Thesen zeigen sie auf, dass die Postwachstumsstadt eine neue Art der Planung benötigt. Den Bogen zwischen nachhaltiger Entwicklung und Postwachstumsansätzen in der Stadtentwicklungsdebatte spannt Julia Gamberini und macht damit deutlich, wie diese sich immer wieder gegenseitig beeinflussten und bedingten. Ein deutliches Spannungsfeld zwischen diesen beiden Konzepten zeichnet Timmo Krüger in seinem Beitrag anhand des Imperativs sozialer Innovationen nach: Statt ökologischer Modernisierung und Innovationskraft von Initiativen rückt er dabei Machtfragen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um eine verwirklichte Postwachstumsstadt und -gesellschaft.

Wie eine konkrete andere Planung in der bestehenden Praxis aussehen kann, zeigen Beispiele aus der Schweiz und aus Kleinstädten in Österreich und Brandenburg. In ihrem Beitrag weisen Susanne Käser und Aylin Yildirim Tschoepe anhand eines Prozesses der städtebaulichen Mitwirkung die Bedeutung von Netzwerken, Akteuren und Bildern nach, die diese für die partizipative Planung der Postwachstumsgesellschaft haben. Torsten Klafft und Korbinian Kroiß hingegen weisen auf die Bedeutung lokaler Akteur/innen hin, die für die Wiedergewinnung von lokalem Leben jenseits der »Donut«-Struktur notwendig sind – auch und besonders in ländlich geprägten Räumen. Nur wie bewegen wir uns in diesen Räumen oder zwischen Städten? Julius Uhlmann und Uwe Plank-Wiedenbeck entwickeln zum Abschluss des Kapitels erste Perspektiven zur Gestaltung und systemischen Planung urbaner Mobilität unter Postwachstumsbedingungen.

Der thematische Schwerpunkt des dritten Buchteils liegt auf den städtischen Bewegungen. Dieser Diskussionsstrang behandelt das städtische Mosaik der Alternativen, also die Möglichkeitsräume, die von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ausgehandelt und eröffnet werden. Hier fragen wir: Welche Rolle spielen urbane Pionier/innen, Nischenprojekte und alternativ-ökonomische Strömungen für die Transformation von Nachbarschaften, Stadtteilen oder ganzen Städten? Zunächst zeigen Michaela Christ und Jonas Lage in ihrem Beitrag auf, in welchem konflikträchtigen Feld sich die Akteur/innen der Postwachstumsgesellschaft bewegen. Dabei wird die enge Verknüpfung von sozialen und ökologischen Problemlagen der Stadt eindringlich ver-

deutlich. Friederike Landau und Alexandra Toland präsentieren mit Beispielen aus der internationalen Kunst, wie kreativ und künstlerisch mit den ökologischen und sozialen Dimensionen der Krise des Anthropozän umgegangen werden kann.

Teilen als Antwort auf die sich verschärfende Ressourcenknappheit und als Element urbaner Postwachstumsstrategien thematisieren Florian Koch, Lea Hampel, Carsten Keller und Floris Bernhardt in ihrem Text. Sie untersuchen, wie der umkämpfte Zugang zu Wohnraum und öffentlichem Raum in Berlin-Kreuzberg dekommodiziert und als Gemeingut organisiert werden kann. In diesen Prozessen vollziehen Initiativen des Wandels meist den schwierigen Spagat, sich in einer Nische organisieren und gleichzeitig (Stadt-)Gesellschaft transformieren zu wollen, ergänzen Anton Brokow-Loga, Franziska Felger, Jannis Koch und Anna-Maria Weber in ihrem Beitrag. Sie gehen dabei der Frage nach, wie Projekte in Weimar sich inner- und außerhalb einer wahrgenommenen »Blase« bewegen. Dass Initiativen im Bereich nachhaltiger Ernährung in diesen Auseinandersetzungen zwischen Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit agieren, zeigen Evelyn Markoni und Franziska Götze in ihrem Beitrag anhand eigener Forschungen zur Stadt Bern.

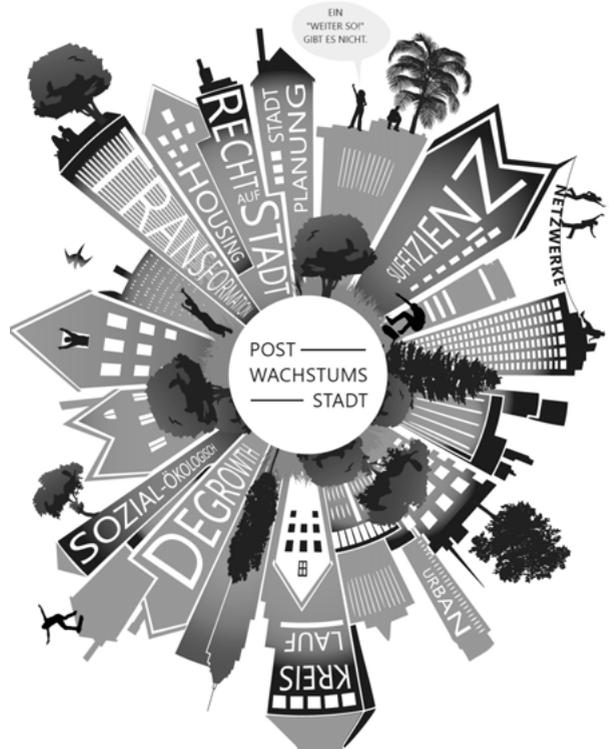


Abb. 2: Wodurch wird die Postwachstumsstadt konturiert? Leitmotiv der Konferenz in Weimar. Grafik gestaltet von Alessa Dresel.

Im vierten Teil des Buches geht um Utopien und neue Erzählungen für die Stadt jenseits des Wachstumsparadigmas. In unserem Alltag hat sich eine Vorstellung unendlichen Wachstums tief verinnerlicht, das als mentale Infrastruktur unsere Wünsche und Anforderungen an das Wohnen, Bewegen und Kommunizieren innerhalb der Städte beeinflusst. Die Beiträge dieses Abschnitts untersuchen daher, wie Postwachstumsansätze lokal in die Tat umzusetzen sind – und welche andere Erzählungen dessen, was zu einer guten Stadt oder einem guten Leben wichtig ist, dabei benötigt werden. Storytelling, Zeitmaschinen und andere konkrete Konstellationen und Projekte bietet Saskia Hebert in ihrem Beitrag als eine Perspektive an, um zu anderen Erzählungen über die Stadt der Zukunft zu kommen. Wichtige Alternativen des besseren Lebens beziehen sich auf das Zusammenleben und Zusammenwohnen: Sanna Frischknecht, Moritz Maurer und Dietmar Wetzl zeigen anhand eines schweizerischen Genossenschaftsprojekts, welche Möglichkeiten sich durch Bottom-Up-Initiativen dazu ergeben können. Lars-Arvid Brischke, Margarete Over und Leon Leuser schließen hieran ebenfalls an. Ihr Beitrag diskutiert das Thema des gemeinschaftlichen Lebens und Wohnens am Beispiel des selbstverwalteten Studierendenwohnheim Collegium Academicum Heidelberg, das sich dem Motto »Suffizienz lernen, leben und verbreiten« verschrieben hat. Zum Abschluss zeigt der visuelle Essay von Kris Krois auf, auf welchen Wegen sich die Postwachstumsstadt »zukunften« lassen kann: Wir müssen uns das gesellschaftlich und Wünschenswerte vorstellen, es entwerfen und vorleben, um es zu vergegenwärtigen.

Dieses Buch verstehen wir als einen Schritt auf der Suche nach neuen Paradigmen in der ökologischen, sozialen und kulturellen Krise der Wachstumsgesellschaft. Es soll irritieren und inspirieren, Denk- und Machanstöße geben, zu Diskussionen einladen.² Diese Debatte an den Hochschulen und Planungsämtern zu führen, ist notwendig. Gleichzeitig braucht es auch eine öffentliche, gesamtgesellschaftliche Verständigung darüber, was das gute Leben in der Stadt für alle sein kann und sein soll. Denn nur gemeinsam und offen lässt sich die Postwachstumsstadt in den Konturen einer solidarischen Stadtpolitik verwirklichen.

² Das Portal postwachstumsstadt.de soll Diskussionen und Vernetzung auch online ermöglichen: <http://postwachstumsstadt.de>

I Stadtgesellschaft zwischen Wachstumskrise und -wende



Sozial-ökologische Transformation konkret Die solidarische Postwachstumsstadt als Projekt gegen die imperiale Lebensweise¹

von Ulrich Brand

Die Stadt- und Urbanisierungsforschung kann beim Thema Postwachstumsstädte und sozial-ökologische Transformation auf einen unglaublich großen Korpus zurückgreifen, was Postwachstum angeht. Nämlich die ganzen Entwicklungen und begleitenden Forschungen zu den »Schrumpfenden Städten« in Ostdeutschland und Osteuropa in den 1990er Jahren. Interessanterweise finden sich in diesem Sammelband wenig explizite Bezugnahmen darauf. Das ist kein Vorwurf, sondern offensichtlich dem zeithistorischen Kontext geschuldet. In den 1990er Jahren hätten wir hier wahrscheinlich sehr viele Beiträge zu schrumpfenden Städten gehabt. Eine Anekdote: Ich erinnere mich, dass ein Freund und Kollege aus Frankfurt am Main im Jahr 2004 oder 2005 eine Stelle am Umweltforschungszentrum in Leipzig antrat. Er habe in dieser Stadt ganz viele schöne und frisch renovierte Altbauwohnungen bei einer unglaublich günstigen Miete angeboten bekommen. Die Maklergebühr wurde damals vom Vermieter bezahlt.

¹ Frank Eckardt und Anton Brokow-Loga und ihrem Team danke ich für die Einladung und Organisation der spannenden Konferenz im Mai 2019. Ich habe viel gelernt! Miriam Neßler danke ich sehr für die Transkription meines Vortrags, der die Grundlage für diese schriftliche Ausarbeitung ist.

Im Jahr 2019 befinden wir uns in einer anderen Situation, wenn wir heute nach Leipzig nach Weimar kommen. Die Problematik ist nicht mehr unbedingt die der »Schrumpfenden Städte«.

Es hat sich aber noch etwas geändert. Und das ist vermutlich der Anlass für Konferenz und Sammelband. Es gibt eine breite wissenschaftliche, aber auch gesellschaftspolitische Anerkennung dafür, dass im Zeichen von multiplen Krisen sehr unbedingt Antworten auf die sozio-ökonomischen, ökologischen, politischen Herausforderungen gefunden und umgesetzt werden müssen. Man denke nur an die dynamisch sich entwickelnde Bewegung der *Fridays for Future* mit ihrem Insistieren darauf, dass die herrschenden Formen von Politik die Krise eher verschlimmern als effektive Maßnahmen gegen die Klimakrise zu entwickeln und umzusetzen. Wissenschaftlich läuft diese Diskussion unter dem Label einer »sozial-ökologischen Transformation« (Brand 2016a) oder, in Anlehnung an die starke Semantik von Karl Polanyi, einer neuen »Großen Transformation« (Polanyi 1995/1944). Aber diese Debatte, die jetzt zunehmend an Kontur gewinnt, gibt es noch gar nicht so lange und muss zunächst in den verschiedenen Bereichen durchgearbeitet werden, so eben auch in der Stadtplanung und Stadtforschung.

Wenn ich also die Absichten der Veranstaltenden richtig deute, wollen sie den Begriff »Postwachstum« für die Städte fruchtbar machen. Das ist Neuland. Ich zitiere an dieser Stelle aus dem Call for Papers: »Ein ›Weiter so‹ gibt es nicht. Ökologische, soziale und kulturelle Krisen machen deutlich, dass Städte, geformt von kapitalistischer Expansion und imperialer Lebensweise, zunehmend an Grenzen stoßen. Gleichzeitig werden die Rufe nach einer *großen Transformation* lauter. In diesem Kontext wollen wir mit der Konferenz aktivistische und akademische Perspektiven auf die bereits stattfindenden und gesellschaftlich nötig werdenden Transformationen urbaner Räume und Gesellschaften einnehmen« (Brokow-Loga/Eckardt 2018). Es ist etwas wirklich Neues, die Städte und die Urbanität in der Anerkennung dieser multiplen Krise zu denken und mit der Transformationsdebatte zusammenzubringen. Auch die Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Kassel veranstaltet eine Tagung zu Postwachstum und Transformation (*Mehr oder weniger? Raumentwicklung braucht Postwachstum!* im Juni 2019 in Kassel). Und einige werden das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen von 2016 kennen (Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte), das von einer radikalen Diagnose ausgeht: »Auf der globalen Agenda steht mithin die *Transformation* der in die Existenzkrise geratenen Moderne ganz oben«, so das Beratungsgremium der deutschen Bundesregierung. Das ist eine radikale Problem diagnose.

»Und nur wenn die wichtigsten urbanen Zentren«, so sagen sie, »die Kraft für diese Transformation aufbringen, kann sie weltweit gelingen« (WBGU 2016: 4). Das sind einige sehr spannende Erkenntnisse, die ich als Nicht-Fachmensch bei der Entwicklung dieses Beitrags hatte.

Zu diesem sehr aktuellen und relevanten Thema möchte ich vier Bemerkungen machen: Erstens: Was verstehen wir eigentlich unter einer sozialökologischen Transformation(en)? Ich verwende den Singular, wenn ich von dem umfassenden gesellschaftspolitischen Projekt spreche, und die entsprechenden Transformationen benenne ich im Plural, um die Mannigfaltigkeit und Ungleichzeitigkeit der grundlegenden Veränderungsprozesse in den Blick zu nehmen. Zweitens: Was ist spannend am Begriff »Postwachstum«? Es gibt ja genug andere Begriffe, die ich mir in der Vorbereitung bewusst angeschaut habe und gleich einführen werde. Ich würde einerseits empfehlen, an dem Begriff »Postwachstum« festzuhalten, schlage aber am Ende eine kleine Erweiterung vor. Mit meiner dritten Überlegung möchte ich jene, die sich wissenschaftlich oder praktisch mit Veränderungen von Städten auseinandersetzen, dazu einladen, sich damit zu beschäftigen, wie wir mit dem Begriff der »imperialen Lebensweise« das Urbane noch einmal anders denken sollten. Ich denke, darin liegt eine sehr große analytische und politische Herausforderung, wenn wir uns eine solidarische Produktions- und Lebensweise vorstellen und realisieren wollen. Abschließend habe ich noch einige Schlussbemerkungen.

Sozial-ökologische Transformation(en)

Den Begriff der »sozialökologischen Transformation« wurde erst vor wenigen Jahren in der Fachdebatte prominent. 2011 ist er in Deutschland mit dem damaligen Gutachten »Die große Transformation« des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen (WBGU) sehr bekannt geworden (kritisch dazu Biesecker/von Winterfeld 2013). Manche kennen Karl Polanyis große und sehr lesenswerte Schrift von 1944, in der er den Übergang zum Industriekapitalismus analysiert. Der Begriff der »Transformation« hat ja inbegriffen die »Form« und geht schon in der Semantik deutlich über Begriffe wie »Innovation«, »Transition« und »ökologische Modernisierung«, wie es oft in den Politikwissenschaften genannt wird, hinaus. Transformation bedeutet einen ganz grundlegenden Wandel – und zwar nicht nur ökonomischer oder politischer oder kultureller Art, sondern im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang. Matthias Schmelzer und Andrea Vetter (in diesem Band) – und dem würde ich mich anschließen –

unterstreichen die de facto post-kapitalistische Perspektive wichtiger aktueller Begriffe. Und dies nicht nur im ökonomischen, sondern eben auch im kulturellen Sinne. Man denke nur an die mentalen Infrastrukturen: Die kapitalistische Expansion hat sich ja in das Denken und das Begehren der Menschen eingeschrieben. Die Herausforderung einer tiefgreifenden Transformation betrifft auch das Politische, wenn etwa bedacht wird, dass auch ein Staat in seinem Funktionieren und Handlungsspielraum stark von einer expandierenden kapitalistischen Ökonomie abhängt, wie zum Beispiel über Steuer- oder Zolleinnahmen und anderem.

Also erstmal ist »sozial-ökologische Transformation« ein Begriffsterrain, ein begriffliches Angebot, das gefüllt werden muss. In seiner grundlegenden Semantik liegt aber etwas Radikales. In der Literatur besteht weitgehender Konsens darüber, dass der Umbau vor allem die energetische und Ressourcenbasis unserer Gesellschaften betrifft. Fridays for Future haben das in den letzten Monaten noch einmal stark politisiert, nämlich den Einstieg in eine post-fossile Ökonomie oder gar eine post-fossile Gesellschaft. Es muss das reduziert und mittelfristig abgestellt werden, was den Klimawandel antreibt. Doch auch die Ressourcenbasis – fossile Energieträger, Metalle, ressourcenintensive Agrargüter – mit ihren oft dramatischen Implikationen in anderen Weltregionen muss verändert werden.

Trotz der radikalen Problemdiagnose bleiben viele Ansätze zu einer Transformation in einer Logik, in der die bestehenden Märkte »grüner« werden müssen. Dafür soll die Politik Investitionsanreize und andere Rahmenbedingungen schaffen, damit insbesondere Unternehmen und die Menschen in ihren Lebensalltag sich anders verhalten. Prominent ist etwa die ökologische Steuerreform, aber auch die Förderung bestimmter Forschungsprogramme. Das erwähnte Gutachten der WBGU proklamiert: »It's politics, stupid!«, also die Politik solle es richten. Das ist sehr eng an Vorstellungen einer »Grünen Ökonomie« die auch vor etwa zehn Jahren im Rahmen des Umweltprogramms der UNO entwickelt wurden. Im Grunde genommen wird damit über Kapitalismus und die tief verankerten Herrschaftsverhältnisse entlang von Klassen-, Geschlechter-, rassifizierten oder internationalen Linien nicht gesprochen. Es gibt am Ende ein Vertrauen in die bestehenden Institutionen. Ich habe das mal in einem Aufsatz für die Zeitschrift »GAIA« eine »neue kritische Orthodoxie« genannt (Brand 2016b). Kritisch, weil die Beiträge sich vom neoliberalen Mainstream und *business-as-usual*-Vorstellungen abheben.

Ein erstes Zwischenfazit lautet daher, dass es nicht *den* Begriff der sozial-ökologischen Transformation gibt, sondern dass dieser immer noch umkämpft

ist. Das dominante Wissen, die neue kritische Orthodoxie, bleibt an den bestehenden Institutionen von Markt und Staat orientiert und umgeht Fragen von Macht, Herrschaft, aber auch der tief in Alltag und Institutionen eingeschriebene Produktions- und Lebensweise. Es gibt keine Vorstellung davon, wie wir Gesellschaft jenseits von kapitalistischer Ökonomie, kapitalistischem Staat und kapitalistischer Kultur organisieren.

Postwachstum als aktivistisch-akademische Perspektive

Die Initiative der Herausgeber, einen Horizont des Städtischen mit dem Begriff »Postwachstum« zu entwickeln, halte ich für sinnvoll. Zunächst möchte ich eine wichtige Unterscheidung einführen (vgl. auch Anton Brokow-Loga in diesem Band): Postwachstum bedeutet nicht, anzunehmen, wir befinden uns heute bereits in Postwachstumskonstellationen, die unter kapitalistischen Bedingungen tendenziell krisenhaft ist; *change by disaster* (vgl. etwa Dörre 2019). Das meint Postwachstum meines Erachtens überhaupt nicht. Denn Postwachstum ist wirklich »*change by design*« oder ein intentionales, strategisches Projekt. Einer der Protagonisten der Debatte, Giorgos Kallis, argumentiert: Es ist “a multi-faceted political project that aspires to mobilise support for a change of direction, at the macro-level of economic and political institutions and at the micro level of personal values and aspirations. Income and material comfort is to be reduced for many along the way, but the goal is that this is not experienced as welfare loss” (Kallis 2011, vgl. den Überblick von Schmelzer/Vetter 2019 und Schmelzer/Vetter in diesem Band). Normative Prinzipien wie Kooperation und soziale Gerechtigkeit werden als zentral erachtet. Das ist ein zentraler Aspekt, den es den Kritiker(inne)n entgegenzuhalten gilt: Postwachstum als Horizont bedeutet nicht, sich an Krisen zu laben und über den Niedergang industrieller Produktion politisch zufrieden zu sein. Postwachstum ist ein gesteuerter Prozess hin zu einer anderen, sozial-ökologisch nachhaltigen, gerechten und solidarischen Produktions- und Lebensweise (Eversberg 2017).

Postwachstum ist ein gesellschaftspolitisches Projekt, der insbesondere die Abhängigkeit vom kapitalistischen Akkumulationszwang, von der Tatsache, dass unsere Gesellschaft, unsere Städte, unsere Ernährungs-, unsere Mobilitäts- und Kommunikationssysteme stark entlang von kapitalistischen Profitinteresse organisiert sind: Facebook, Amazon, den großen Agrarkonzerne, Supermarktketten usw. Eine Postwachstumsgesellschaft geht nicht mit privatkapitalistischen Internetkonzernen oder Supermärkten. Denn in Supermärkten ist derma-

ßen das Profitprinzip eingeschrieben. Stattdessen müssten ganz andere Formen der Produktion und Distribution entstehen, die es in Ansätzen ja längst gibt (vgl. die vielen Beispiele in Konzeptwerk Neue Ökonomie / DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften 2017). Hinter Postwachstum stehen m.E. deutliche kapitalismuskritische Annahmen. Und als Wissenschaft ist Postwachstums- bzw. Transformationsforschung durch den engen Zusammenhang mit sozialen Bewegungen und alternativen Erfahrungen eine *activist-led science*.

Das ist der Kontext des begrifflichen »Angebots« Postwachstumsstadt. Es differenziert sich bzw. kritisiert andere, oft noch schillernde Angebote. Das eine ist die »Smart City«. Die Smart City Debatte ist unabhängig davon, was dort umgesetzt wird, häufig grüne Prosa. Diese setzt stark auf Technologien und knüpft an Sicherheitsdiskurse an: Ein aktuelles Beispiel für die Technologiefixierung sind das »autonome« Fahren und E-Autos mit großen Versprechen. Auch in den Debatten der UNO um eine »Global Urban Agenda« bei der Habitat-III-Konferenz 2016 in Quito (UNO 2016) oder in den »Sustainable Development Goals« von September 2015² wird Stadtentwicklung häufig aus stark technischer und Planungsperspektive gesehen. Ein wichtiger Punkt ist daher: Das Projekt einer »Postwachstumsstadt« bedeutet, nicht zuvorderst auf Technologie zu setzen.

Ein anderer Begriff ist die »Resilient City«, die resiliente Stadt. Dabei geht es eher um die Annahme, wir müssten uns auf Umweltgefahren wie Überschwemmungen und anderes einstellen, vor allem in Städten des globalen Südens. Zudem gibt es Begriffe wie die »Low-carbon City«, die »Post-oil City« – das sind eher Semantiken und Annahmen, dass wir unsere Energiebasis umbauen müssen.

Dazu gibt es Begriffe und Ansätze, die eher »von unten« Experimentierräume schaffen (wollen). Ein Beispiel dafür sind »Transition Towns«, »Sharing City« und »Urban Mining«. Das ist sehr wichtig, doch es besteht die Gefahr, zu sehr auf bottom up-Initiativen zu setzen und übergreifende politische und wirtschaftliche Kontexte, die eben auch verändert werden müssen, abzuschatten. Umgekehrt kann den Initiativen zugutegehalten werden, dass sie sich auf eine konkrete Ebene beziehen und Handlungsspielräume und –möglichkeiten aufzeigen (vgl. Brokow-Loga/Felger/Koch/Weber in diesem Band).

Das bringt mich zu einem anderen Punkt: Soziale Veränderung geht oft mit Konflikten und sozialen Bewegungen einher, die weiterführende Veränderungen anstoßen können. Hier scheinen mir die Bewegungen für ein »Recht auf Stadt«

2 Für unser Thema ist das Ziel II zentral: »Nachhaltige Städte und Siedlungen – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten«. Interessantes Material dazu findet sich auf: <https://www.un.org/sustainable-development/cities/>

interessant, eng verbunden mit einer Postwachstumsperspektive und auch eine enge Verbindung von Wissenschaft und Aktivismus. Bei Eigentumsfragen - denken wir an das aktuelle Volksbegehren in Berlin -, geht es wirtschaftlich und politisch ans »Eingemachte«, nämlich um Bodenrenten, Verfügung über Eigentum und die damit verbundene Macht.³ Recht auf Stadt und Postwachstum gehen Hand in Hand mit ihrem Ziel, das Verwertungsinteresse an Boden und Grund einhegen und zurückdrängen zu wollen.

Um diesen zweiten Gedanken abzuschließen: Zusammenfassend denke ich, dass der Begriff der Postwachstumsstadt Sinn macht. Eine Stärke ist dabei, dass er schwer zu vereinnahmen ist und kritisch aufgeladen werden kann. Ich würde vorschlagen, den Begriff mit einem Adjektiv aufzuladen: solidarisch. Eine solidarische Postwachstumsstadt – das ist eine Qualität. Denn bei Postwachstumsstadt denkt man nur allzu leicht an schrumpfende oder periphere Städte. Aber durch den Begriff der Solidarität wird der Begriff wissenschaftlich und politisch genauer (nicht eindeutig; das werden solche Begriffe nie).

Jenseits der imperialen Lebensweise

Drittens geht es in dieser urbanistisch-stadtpolitischen Publikation um die Frage, wie die lokale urbane Ebene verändert werden kann. Wie stellen wir uns stadtpolitische Interventionen von sozialen Bewegungen vor, daran anknüpfende gesellschaftliche und politische Institutionalisierungen (im Sinne der Aufdauerstellung von Errungenschaften) und andere Narrative vor? Meine Anregung für die weitere Diskussion ist, dass diese lokale Ebene, die tiefgreifend sozial-ökologisch transformiert werden soll, enorm voraussetzungsvoll ist in Bezug auf Strukturen und Prozesse jenseits dieser konkreten lokalen Ebene. Auch wenn ich die städtischen Planungsdebatten nicht kenne. Diese Voraussetzungshaftigkeit anzuerkennen ist so banal wie schwierig.

Meine Kritik an der Postwachstumsdebatte ist, dass sie oft auf die lokale oder nationale Ebene bezogen wird, maximal als europäisches Projekt gedacht.⁴ Veränderung wird tendenziell ohne die Implikationen für China, Lateinamerika und andere Weltregionen gedacht. Um dieses Problem der globalen Voraussetzungshaftigkeit des Lokalen genauer zu verstehen, haben Markus Wissen und

3 Einen instruktiven Überblick über die »Wohnungsfrage« in Ländern des Globalen Südens und das systemische Versagen des formellen Wohnungsmarkts gibt Berner 2016.

4 Gemeinsam mit Alberto Acosta, einem ecuadorianischen Ökonomen, habe ich ein Buch geschrieben, in dem wir versuchen, die Postwachstumsdebatte in Europa und die Debatte um »Buen Vivir« in Lateinamerika aufeinander zu beziehen (Acosta/Brand 2018). Denn wir denken, wir können voneinander lernen.

ich den Begriff der »imperialen Produktions- und Lebensweise« vorgeschlagen (Brand/Wissen 2017; vgl. auch I.L.A. Kollektiv 2017). Der Begriff soll verdeutlichen, dass die Strukturen der Globalisierung, die ökonomische, politische und auch kulturelle, sich im Arbeits-, Produktions- und Konsumalltag der Gesellschaften des Globalen Nordens niederschlägt. Der Alltag ist systematisch auf andere Regionen, Menschen und Natur ausgreifend, das nennen wir imperial. Es wird systematisch auf die billigen Ressourcen und die billige Arbeitskraft der Welt zurückgegriffen: Wenn wir bestimmte, nämlich industriell hergestellte Nahrungsmittel essen, ein Handy haben, ein Auto fahren, aber auch den ÖPNV benutzen (wenn etwa die dafür verwendeten Fahrzeuge mit nicht-nachhaltig gewonnenen Rohstoffen produziert wurden). Diese Produktions- und Lebensweise, die so tief in unsere Begehren, Mentalitäten, in die Politik, in die Ökonomie usw. eingeschrieben ist, braucht permanent ein Äußeres, ein »Anderorts«. Das kann das Zurückgreifen von der Stadt aufs (Um-)Land sein, aber eben auch und vor allem auf den globalen Süden. Diese imperiale Lebensweise wird politisch, ökonomisch und ideologisch abgesichert. Aber sie ist eben auch ein Alltagsverhältnis.

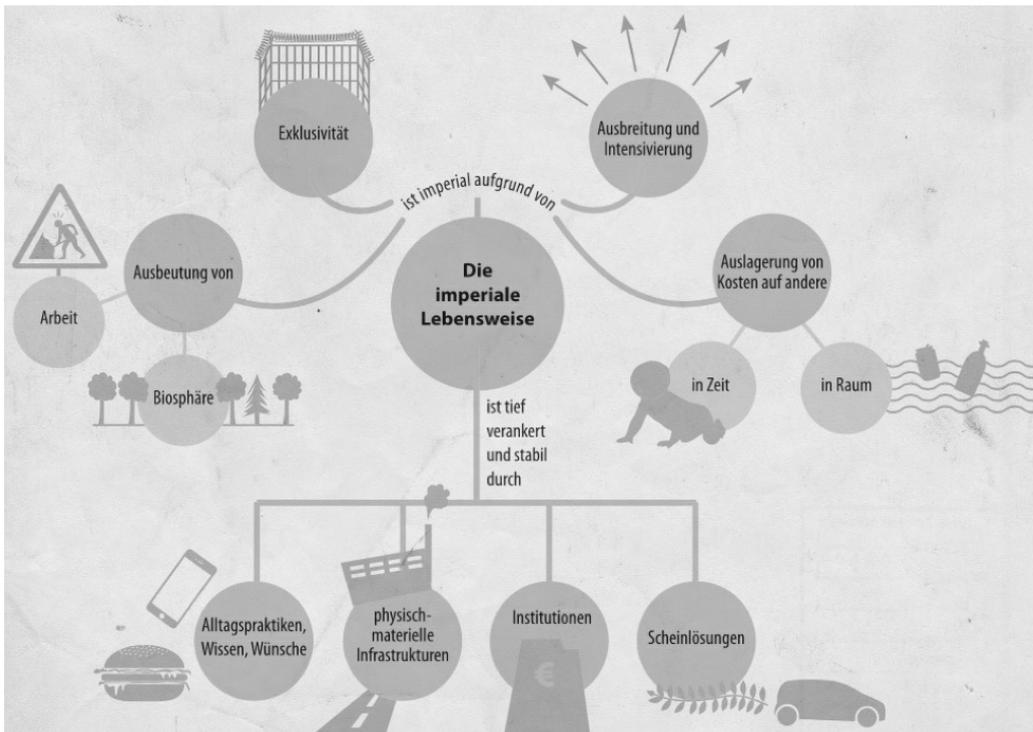


Abb. 1: Das Konzept der imperialen Lebens- und Produktionsweise (I.L.A.-Kollektiv 2017: 9)

Die imperiale Lebensweise vertieft sich im Globalisierungsprozess. Der Ressourcenverbrauch nimmt zu; es gibt grundlegend keine Entkopplung von materieller Entwicklung und Ressourcenverbrauch und Emissionen (Santarius 2015). Und: Die imperiale Lebensweise weitet sich auch in den Ländern des globalen Südens, in den Schwellenländern, dramatisch aus. Aus einer Veränderungsperspektive ist zudem wichtig: Die imperiale Lebensweise ist für viele Menschen attraktiv. »Wie im Westen, so auf Erden«, wie Wolfgang Sachs gesagt hat. Das Modell des Westens wird dort gelebt oder angestrebt.

Hin zu einer solidarischen (Produktions-) und Lebensweise

Eine Voraussetzung, die imperiale (Produktions-) und Lebensweise in Richtung einer solidarischen zu verändern, ist das Sichtbarmachen des wenig oder nicht sichtbaren. Doch das reicht natürlich nicht, denn die Lebensweise ist mit viel politischer Macht, ökonomischen Interessen verbunden.

Was heißt es also für eine kritische Urbanistik und für ein kritisches Projekt einer solidarischen Postwachstumsstadt, diese Konstellation in den Blick zu nehmen? Das ist der Ausgangspunkt für Überlegungen zu dem, was Markus Wissen und ich »solidarische Produktions- und Lebensweise« nennen (vgl. auch I.L.A. Kollektiv 2019 und Abbildung 2). Es geht nicht um Verzicht. Das halte ich daher für eine völlig falsche Semantik, denn weniger vom Bestehenden ist ja auch nicht gut. Eine solidarische Produktions- und Lebensweise muss ein anderes, ressourcenleichtes Wohlstandsmodell entwickeln. Das hat viel mit Konflikten zu tun, etwa damit, die kapitalistische Verfügung über Produktionsmittel, über städtische Räume und über Grund und Boden in Frage zu stellen und zu verändern. Das solidarische Wohnen, der solidarische Verkehr, die solidarische Aufteilung von Grünflächen und Freiräumen, aber auch die vielfältigen Formen der Produktion in Städten – das bleibt in einer solidarischen Postwachstumsstadt unabdinglich. Umzugestalten wären auch die Beziehungen zwischen Städten und jenen Orten, von denen die ihre Mittel zum Funktionieren beziehen. Das impliziert auch ein anderes Kräfteverhältnis und andere Interessensstrukturen bei Planungsprozessen, die immer im Blick behalten werden sollten, wenn es um die Postwachstumsstadt geht.

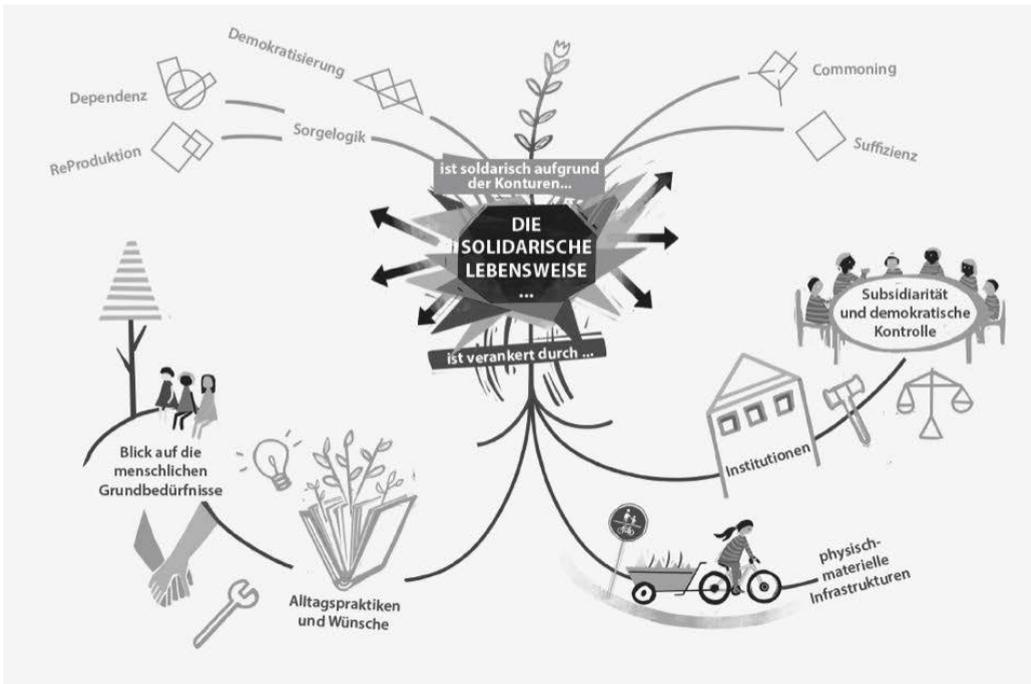


Abb. 2: Das Konzept der solidarischen Lebens- und Produktionsweise (I.L.A.-Kollektiv 2019: 19)

Wenn eine Postwachstumsstadt viel mit Gerechtigkeit, Gleichheit, ökologischer Nachhaltigkeit zu tun hat, eben mit einer solidarischen Produktions- und Lebensweise, stellt sich – mit Antonio Gramsci gesprochen – die Frage der Hegemonie. Wie werden die bestehenden Konsense, die bestehende Zustimmung zur imperialen Lebensweise aufgebrochen? Mit Michel Foucault gesprochen: Was wäre der Wille zu einem anderen Städtischen? Was wären der Wunsch und das Begehren von Menschen, die Stadt wirklich anders zu nutzen?

Das sind große Fragen, auf die ich keine Antwort habe. Ich möchte es abschließend auf zwei Punkte zuspitzen.

Erstens: Das Projekt wurde an der Bauhaus-Universität begonnen, es geht also neben Forschung auch um Bildung. Wie entstehen eigentlich im Prozess hin zu einer solidarischen Postwachstumsstadt die Kompetenzen bei den Individuen und Kollektiven, die solidarische Postwachstumsstadt ganz konkret zu machen? Was heißt das für das Studium der Architektur, Urbanistik und Politikwissenschaft, in technischen und auch sozialen Berufen? Diese Frage nach den Kompetenzen ist meiner Meinung nach bisher zu wenig gestellt und beantwor-

tet. Wie bilden wir uns um? Wie wird anderes Wissen geschaffen? Vielleicht ist es ja sinnvoll, dass jeder ein paar Stunden am Tag Tätigkeiten ausübt, die nicht zu seiner Kernprofession gehören.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der meiner Meinung nach zu wenig betrachtet wird, ist die Frage der Politisierung und damit einhergehender Konflikte. Es sind aus meiner Sicht Initiativen wichtig, welche die imperiale Lebensweise ganz konkret politisieren, also zum gesellschaftlichen Problem und damit zum Gegenstand von Auseinandersetzungen machen. Das ist auch und gerade in Städten möglich. Ein Beispiel sind die im Zuge des Sommers der Migration und der offenkundigen Krise der europäischen Flüchtlingspolitik von Stadtregierungen geschaffenen Netzwerk »Solidarische Städte« (Christoph/Kron 2019). Wenn es um grundlegende Alternativen geht, dann geht deren Schaffung auch mit Konflikten einher (vgl. Beiträge von Frank Eckardt und von Michaela Christ und Jonas Lage in diesem Band). Denn viele werden zunächst an der Schaffung von Alternativen nicht mitmachen wollen. Viele wollen keine andere Gesellschaft. Aus meiner Sicht können gesellschaftliche Lernprozesse initiiert werden über »emblematische« Konflikte. Das sind Konflikte, an denen deutlich wird, dass es hier um viel mehr geht als nur den konkreten Konflikt. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Auseinandersetzungen um den Ausbau des Wiener Flughafens: Vor gut zwei Jahren gab es die weltweit erste Entscheidung eines Bundesgerichtshofes, den Ausbau des Flughafens zu untersagen mit der Begründung, dass ansonsten die Klimaziele Österreichs gerissen werden würden. Das Land – die Regierung, die Flughafenbetreibenden, die Gewerkschaften, alle Parteien außer die Grünen – stand Kopf, obwohl der Flughafen sowieso nur zu 55% ausgelastet war. Das wurde und wird zu einem Konflikt, bei dem es ja um viel mehr geht, als den Bau einer dritten Piste. Es geht um die Zukunft des europäischen Mobilitätssystems. Wird den Fliegenden irgendwann gesagt, dass es nicht geht, sich zum Wochenendshopping in Mailand in den Flieger zu setzen? Dafür bedarf es der entsprechenden Rahmenbedingungen und der Schwächung mächtiger Akteure, in diesem Fall der Interessen der Luftfahrtindustrie. Es ist aber auch eine Frage kultureller Selbstverständlichkeiten: Es muss lächerlich werden, auf kurzen Distanzen das Flugzeug zu benutzen. Oder, ein anderes Beispiel, generell einen SUV zu fahren. Diese Aspekte stark zu machen und diese Konflikte zu suchen und auszubrechen, könnte also meiner Meinung nach wichtig für die Entwicklung eines gegen-hegemonialen Projekts sein.

Literatur:

Acosta, A.; Brand, U. (2018): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann, München.

Berner, E. (2016): "Zur Wohnungsfrage" im 21. Jahrhundert: Marktversagen, hilflose Politik und die globale Ausdehnung der Slums, in: *Pripherie* 36 (141), 10-32.

Biesecker, A.; von Winterfeld, U. (2013): Alte Rationalitätsmuster und neue Beharrlichkeiten. Impulse zu blinden Flecken der Transformationsdebatte, in: *GAIA* 22(3), 160–165.

Brand, U. (2016a): How to get out of the multiple crisis? Towards a critical theory of social-ecological transformation, in: *Environmental Values* 25 (5), 503-525.

Brand, U. (2016b): "Transformation" as New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term "Transformation" Does Not Prevent Multiple Crisis, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 25(1), 23-27.

Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.

Brokow-Loga, A., Eckardt, F. (2018): Postwachstumsstadt. Perspektiven des sozial-ökologischen Wandels der Stadtgesellschaft. Call for Papers zur Konferenz. Weimar: Bauhaus-Universität Weimar (<http://postwachstumsstadt.de/>)

Christoph, W.; Kron, S. (Hrsg.) (2019): Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship, Berlin.

Dörre, K. (2019): Neosozialismus. Oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: Dörre, K.; Schickert, C. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. Book Series „Bibliothek der Alternativen“, München, 17-32.

Eversberg, D. (2017): Nach der Revolution. Degrowth und die Ontologie der Abwicklung, in: Birkner, M.; Seibert, T. (Hrsg.): Kritik und Aktualität der Revolution, Wien, 231–252.

I.L.A. Kollektiv (2017): Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert, München.

I.L.A. Kollektiv (2019): Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise, München.

Kallis, G. (2011): In defence of degrowth, in: Ecological Economics 70(5), 873-880.

Polanyi, K. (1995/1944): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main.

Konzeptwerk Neue Ökonomie / DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg., 2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München (<https://www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-bewegungen/>)

Santarius, T. (2015): Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Marburg.

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg.

UNO - United Nations General Assembly (2016): The New Urban Agenda, New York.

WBGU - Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2016): der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte, Berlin.

Städte ohne Wachstum – eine bislang kaum vorstellbare Vision. Doch Klimawandel, Ressourcenverschwendung, wachsende soziale Ungleichheiten und viele andere Zukunftsgefahren stellen das bisherige Allheilmittel Wachstum grundsätzlich infrage. Wie wollen wir heute und morgen zusammenleben? Wie gestalten wir ein gutes Leben für alle in der Stadt? Während in einzelnen Nischen diese Fragen bereits ansatzweise beantwortet werden, fehlt es noch immer an umfassenden Entwürfen und Transformationsansätzen, die eine fundamental andere, solidarische Stadt konturieren. Diesen Versuch wagt das Projekt Postwachstumsstadt.

In diesem Buch werden konzeptionelle und pragmatische Aspekte aus verschiedenen Bereichen der Stadtpolitik zusammengebracht, um so neue Pfade aufzuzeigen und diese miteinander zu verknüpfen. Die Beiträge diskutieren städtische Wachstumskrisen, transformative Planung und Konflikte um Gestaltungsmacht. Nicht zuletzt wird dabei auch die Frage nach der Rolle von Stadtutopien neu gestellt. Dadurch soll eine längst fällige Debatte darüber angestoßen werden, wie sich notwendige städtische Wenden durch eine sozialökologische Neuorientierung vor Ort verwirklichen lassen.

Anton Brokow-Loga ist transdisziplinärer Forscher an der Schnittstelle von Urbanistik, Politikwissenschaft und Transformationsforschung. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar und Teil des I.L.A. Kollektivs.

Frank Eckardt hat an der Universität Kassel in Politikwissenschaften promoviert und hat seit 2008 die Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar inne.

www.postwachstumsstadt.de

 oekom

22,00 Euro [D]
22,70 Euro [A]
www.oekom.de

